



152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

### Einfache Anfrage Martin Boesch: Hände weg vom Steinachtobel; Beantwortung

Am 22. März 2016 reichte Martin Boesch die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Hände weg vom Steinachtobel" ein. Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

In einzelnen Regionen im Kanton St.Gallen zeichnet sich seit mehreren Jahren insbesondere für den unverschmutzten Aushub ein Deponienotstand ab. Aus diesem Grund beschloss die Regierung des Kantons St.Gallen am 28. September 2010, die Federführung für die Deponieplanung dem Amt für Umwelt und Energie (AFU) zu übertragen. Dieses verfolgt für die Abfallplanungsregion St.Gallen-Rorschach parallel drei Optionen: Zum einen die Inbetriebnahme einer grösseren Anzahl von kleinen und mittelgrossen Deponien, zum zweiten eine Erweiterung der Deponie Tüfentobel und zum dritten die Inbetriebnahme einer Grossdeponie im Steinachtobel. Mit welcher Option resp. mit welcher Kombination von Optionen die Entsorgungssicherheit gewährleistet werden kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Zunächst müssen für sämtliche Optionen die notwendigen Abklärungen getätigt werden. Die Machbarkeitsstudie für eine Deponie im Steinachtobel soll nach Auskunft des kantonalen Baudepartements im Sommer 2016 vorliegen.

Nach heutiger Einschätzung scheint klar, dass sich eine Grossdeponie als Nachfolgedeponie für die Deponie Tüfentobel lediglich am Standort Steinachtobel realisieren liesse, wobei die Nachbargemeinden Mörschwil und Wittenbach flächenmässig überwiegend betroffen wären. Gegen eine Deponie Steinachtobel hat sich früh Widerstand gebildet. Insbesondere die Umweltverbände wehren sich gegen die Zerstörung der natürlichen Flusslandschaft und der geschützten Waldgesellschaften.

Im Richtplan der Stadt St.Gallen, welcher vom Stadtparlament im Dezember 2012 beschlossen wurde, ist festgehalten, dass bestehende offene und naturnahe Bachsituationen als solche zu erhalten und Vorhaben im Gewässerbereich, die diese Situationen beeinträchti-



gen, zu vermeiden sind, wobei exemplarisch das Deponieprojekt im Unterlauf der Steinach aufgeführt ist (Kapitel L.2.4c).

Es ist festzuhalten, dass der Stadtrat, auch mit Blick auf die sich derzeit in Erarbeitung befindenden Machbarkeitsstudien, an die Festlegungen im städtischen Richtplan gebunden ist. Für den Fall, dass die Stadt St.Gallen den Erlass eines Deponieplans für das Steinachtobel verweigern sollte, könnte der Kanton St.Gallen gestützt auf Art. 28ter BauG diesen in eigener Kompetenz erlassen.

## 2 Fragenbeantwortung

*Frage 1: Wieso und aufgrund welcher Rechtsgrundlage evaluiert der Kanton einen Deponiestandort, ohne ihn als „Vororientierung“ im Richtplan publik zu machen?*

Art. 4 der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen vom 4. Dezember 2015 (SR 814.600, Abfallverordnung (VVEA)) verpflichtet die Kantone, eine Abfallplanung zu erstellen. Diese umfasst insbesondere den Bedarf an Deponievolumen und die Standorte von Deponien (Deponieplanung). Nach Art. 5 VVEA weisen die Kantone die in der Deponieplanung vorgesehenen Standorte in ihren Richtplänen aus. Der Richtplan schafft einen langfristig verlässlichen Orientierungsrahmen für raumwirksame Entscheide und sorgt dafür, dass nachfolgende Einzelfallentscheide berechenbar sind. Nach der Praxis des Kantons St.Gallen werden Standorte von Deponien im Status „Festsetzung“ oder „Zwischenergebnis“ in den Richtplan aufgenommen. Der Status „Vororientierung“ ist für Deponiestandorte nicht vorgesehen. Da die Abklärungen für die Machbarkeit einer Deponie im Steinachtobel noch andauern, ist der Deponiestandort Steinachtobel bisher nicht über den Verfahrensstand einer Vororientierung hinausgekommen und konnte aufgrund dessen auch nicht in den Richtplan aufgenommen werden.

*Frage 2: Wie weit ist die Stadt St.Gallen vom Kanton St.Gallen bisher in diese Evaluation einbezogen worden?*

Am 3. Januar 2012 hat das AFU in Anwesenheit des Vorstehers des Baudepartementes zum ersten Mal über die Deponieplanung für die Abfallplanungsregion St.Gallen-Rorschach und das Deponieprojekt Steinachtobel informiert. An dieser Informationsveranstaltung war auch der damalige Direktor der Technischen Betriebe anwesend. In der Folge fand jeweils ungefähr zu Beginn jedes Jahres ein Treffen zwischen dem AFU und den beteiligten Gemeinden (St.Gallen, Mörschwil, Wittenbach) zum Stand der Abklärungen für eine Grossdeponie im Steinachtobel statt, wobei die Stadt wiederum durch den Direktor Technische Betriebe vertreten wurde.



*Frage 3: Was lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt über den Stand des Projektes sagen?*

Zurzeit laufen Abklärungen zur Machbarkeit in den Teilbereichen Geologie/Geotechnik, Wasserbau, Ökologie/Landschaft sowie Endgestaltung. Der Schlussbericht wird voraussichtlich im Sommer 2016 vorliegen. Die Kantonsregierung wird auf der Grundlage dieses Schlussberichts über das weitere Vorgehen bezüglich der Deponie im Steinachtobel entscheiden.

*Frage 4: Hat der Stadtrat bzw. eine städtische Dienststelle bereits einmal eine offizielle Stellungnahme zum Projekt abgegeben; wenn ja: Wann und wie hat sich die Stadt vernehmen lassen?*

Eine offizielle Stellungnahme hat die Stadt bisher nicht eingereicht. Der Stadtrat hat aber mit Beschluss vom 6. Juni 2013 für die Erstellung eines Vorprojektes für einen neuen Deponiestandort im Gebiet Steinachtobel unter der Voraussetzung der hälftigen Mitfinanzierung durch den Kanton St.Gallen einen Verpflichtungskredit von CHF 150'000 erteilt. Der Grund für diese Kostenbeteiligung war, dass ein erhebliches Interesse der Stadt St.Gallen besteht, die Trägerschaft und den Betrieb einer neuen Deponie zu übernehmen und die auf der Deponie Tüfentobel vorhandenen Infrastrukturen sowie das vorhandene Know-how soweit wie möglich auch zukünftig weiter zu nutzen, sofern diese Deponie tatsächlich errichtet würde.

*Frage 5: Welche planungs- und umweltrechtlichen Verfahren wären nötig, um diese Grossdeponie zu realisieren? Wäre dazu eine Zonenplanänderung nötig?*

Deponievorhaben sind in erheblichem Masse raumwirksam. Sie haben erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild und führen mitunter zu einer erheblichen Umweltbelastung. Grössere Deponievorhaben unterliegen darum der Planungspflicht im Sinne von Art. 2 des Raumplanungsgesetzes (SR 700, RPG) und werden nur gestützt auf einen Deponieplan bewilligt (Art. 28bis Abs. 1 Baugesetz, sGS 731.1, BauG). Im Rahmen des Deponieplanverfahrens ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Der Deponieplan stellt einen Sondernutzungsplan dar. Er ordnet gemäss Art. 28bis BauG den Deponietyp, das Deponievolumen, die Etappierung, die Endgestaltung des Geländes und die Erschliessung. Der Deponieplan bildet die Voraussetzung für die anschliessenden Bewilligungsverfahren, soweit Deponieplan- und Baubewilligungsverfahren nicht im kombinierten Verfahren durchgeführt werden. Nach Art. 28quinquies BauG können Deponiepläne bereits als Baubewilligung anerkannt werden, wenn sie das Projekt gleich detailliert festlegen wie eine Baubewilligung und wenn beim Planerlass auch die Verfahrensvorschriften zum Baubewilligungsverfahren eingehalten werden.

Eine Deponiezone kennt das st.gallische Recht nicht. Eine Zonenplanänderung ist deshalb nicht erforderlich.



Diese Ausführungen geltend grundsätzlich auch dann, wenn nicht mehr das geltende Baugesetz, sondern das neue Planungs- und Baugesetz (heutiger Stand) zur Anwendung gelangen sollte.

*Frage 6: Ist der Stadtrat bereit, die vom Parlament im Richtplan 2012 beschlossene Haltung zu diesem Projekt gegenüber dem Kanton St.Gallen konsequent und mit Nachdruck zu vertreten? Ist er bereit, allfällige Vernehmlassungen in angemessener Form öffentlich zu machen?*

Das Steinachtobel umfasst einen seltenen, sehr strukturreichen Lebensraum. Die Steinach fliesst bis kurz vor Obersteinach im natürlichen Bachbett gegen den Bodensee. Da solche dynamischen Bachstrecken sehr selten sind, wurde der Streckenabschnitt im kantonalen Richtplan als regional bedeutende Aue bezeichnet. Auch die den Wildbach begleitenden Wälder sind gemäss kantonalem Richtplan schützenswert und von hoher Bedeutung. Der städtische Richtplan bezeichnet das Tobel insbesondere ebenfalls aufgrund seiner naturnahen Strukturen und der Bedeutung für die Amphibien als erhaltenswerten Lebensraum von regionaler sowie lokaler Bedeutung. Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass dieser naturnahe und bedeutende Lebensraum nicht durch eine Deponie für mehrere Jahre erheblich beeinträchtigt und nachteilig verändert wird. Aus Sicht des Stadtrates sind prioritär die beiden anderen Optionen der Abfallplanungsregion St.Gallen-Rorschach voranzutreiben. Dazu gehört nebst der Inbetriebnahme mehrerer grösserer und kleinerer Deponien in erster Linie die „Optimale Auffüllung“ der Deponie Tüfentobel, welche durch eine Vergrösserung des Deponievolumens im Nordteil ermöglichen würde, den Deponiebetrieb um 5 bis 8 Jahre zu verlängern. Die Abklärungen zu diesem Projekt sind ebenfalls noch im Gange.

Eine Deponie im Steinachtobel kann aus Sicht des Stadtrates nur als letzte Option zur Gewährleistung der Versorgungsfunktion dienen. Die Machbarkeitsstudie zur Deponie im Steinachtobel, welche im Sommer 2016 abgeschlossen werden soll, wird dazu wichtige Informationen liefern, unter anderem auch zur Wasserführung der Steinach. Klar ist aber bereits jetzt, dass das Wasser nicht, wie in der Einfachen Anfrage befürchtet, in einem Plastikrohr am Rande der Baustelle geführt werden könnte. Die gesetzlichen Vorgaben sowie die grosse Wasserführung der Steinach bedingen die Wasserführung in einem neuen Bett.

Der Stadtrat ist bereit, allfällige Vernehmlassungen in angemessener Form öffentlich zu machen.

*Frage 7: Wann und in welcher Form wird das Stadtparlament und eventuell die Stimmbevölkerung Gelegenheit erhalten, sich zu einer allfälligen Deponie im Steinachtobel zu äussern? Werden dabei „gebundene Ausgaben“ auf die Stadt zukommen?*

Wie bereits in der Antwort zu Frage 5 ausgeführt, handelt es sich bei einem Deponieplan um einen Sondernutzungsplan. Sondernutzungspläne von grösserer städtebaulicher Bedeutung, insbesondere wenn das Plangebiet das Strassen-, Platz- oder Landschaftsbild prägt, werden



gemäss Art. 2 Abs. 1 der städtischen Bauordnung vom Stadtparlament erlassen. Da der Deponieplan ohne Zweifel von grösserer städtebaulicher Bedeutung wäre, hätte das Stadtparlament darüber zu befinden.

Einschränkend muss aber, wie schon eingangs ausgeführt, darauf hingewiesen werden, dass der Kanton für den Fall, dass eine Gemeinde den Erlass eines Deponieplans verweigert, gestützt auf Art. 28ter BauG die Möglichkeit hätte, den Deponieplan selber zu erlassen. Die Standortgemeinde wäre für diesen Fall einzig vor Erlass des Deponieplans anzuhören. Zudem hätte die Standortgemeinde die Möglichkeit, im Planauflageverfahren die entsprechenden Rechtsmittel zu ergreifen.

Gebundene Ausgaben kommen in keinem der beiden Fälle auf die Stadt zu.

Der Stadtpräsident:

Scheitlin

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

Einfache Anfrage vom 21. März 2016

